

1866/AB XX.GP

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 1917/J betreffend Geschlechterverträglichkeit der Posteneinsparungen im Bundesdienst, welche die Abgeordneten Pollet-Kammerlander, Freundinnen und Freunde am 31. Jänner 1997 an mich richteten und aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beigelegt ist, stelle ich fest:

Antwort zu Punkt la) der Anfrage:

Zentralleitung :

16 Planstellen Stellenplan 1995 (Insgesamt 1130 Planstellen)

1100 Planstellen Teil 11.A

11 Planstellen Teil IV Jugendliche Bundesbedienstete

19 Planstellen Bundesbedienstete in Angelegenheiten der europ. Integration Teil 1 Pkt.

2(4)

Stellenplan 1997 (Insgesamt 1114 Planstellen)
1114 Planstellen Teil 11 . A

Antwort zu Punkt 1b) der Anfrage:

Nachgeordnete Dienststellen :

245 Planstellen

Antwort zu den Punkten 2 und 3 der Anfrage:

Eingangs darf darauf hingewiesen werden, daß die einleitende These der gegenständlichen Anfrage, daß Einsparungen bei den öffentlich-Bediensteten in erster Linie zu einem Abbau von Frauenarbeitsplätzen führen, seitens des ho. Ressorts nicht bestätigt werden kann.

Die detaillierte Beantwortung dieser Fragen ist ohne übermäßig hohen Verwaltungsaufwand nicht durchführbar und daher nicht möglich.

Es ist jedoch möglich, die Anzahl der beschäftigten Frauen der Anzahl der beschäftigten Männer wie folgt gegenüberzustellen:

Zentralleitung :

1.1.1995 Insgesamt 1184 (einschließlich aller Teilzeitbeschäftigten und Karenzersatzkräfte)

davon 609 Frauen 575 Männer

1.1.1996 Insgesamt 1127 (einschließlich aller Teilzeitbeschäftigten und Karenzersatzkräfte)
davon 576 Frauen 551 Männer
Nachgeordnete Dienststellen :
1 . 1 . 1995 Insgesamt 5188
davon 1065 Frauen 4123 Männer
1 . 1 . 1996 Insgesamt 4914
davon 1010 Frauen 3904 Männer
Antwort zu Punkt 4a) der Anfrage:
245 (Zentralleitung und nachgeordnete Dienststellen)
Antwort zu Punkt 4b) der Anfrage:
110 (Zentralleitung und nachgeordnete Dienststellen)
Antwort zu den Punkten 4c) und 4d) der Anfrage:
Aufgrund des Aufnahmestops wurden keine Anträge auf (Übernahme ins öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis abgelehnt.
Anträge auf Übernahme ins öffentlich-rechtliche Dienstverhältnis konnten teilweise aufgrund fehlender Planstellen nicht durchgeführt werden und mußten daher in Evidenz gehalten werden.
Antwort zu den Punkten 5 und 6 der Anfrage:
Wieviele Karenzurlaube aus welchem Grund gewährt wurden, läßt sich ohne übermäßig hohen Verwaltungsaufwand nicht feststellen.
Die Anzahl der im betreffenden Zeitraum im ho. Ressort insgesamt

gemäß §§ 75 (5) und 75a Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 sowie §§ 29b (5) und 29c Vertragsbedienstetengesetz 1948 gestellten Anträge lautet wie folgt:

1. 12.1995 40

1. 12.1996 46

Antwort zu den Punkten 7 und 8 der Anfrage:

Bei den Einsparungen wird nach dem Stellenplan im Zusammenhang mit den jeweiligen finanzgesetzlichen Ansätzen vorgegangen. Freigewordene Stellen werden teilweise nicht nachbesetzt. Die Einsparungen für das laufende Jahr 1997 sind bereits dem Stellenplan 1996 zu entnehmen.